

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 3392.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Eine Arbeitgeberpartei.

Eine „Arbeitgeberpartei“ ist das neueste Schlagwort, das der arbeiterfeindliche Oberstabschef Dr. Alexander Tille in Saarakien erfunden hat. Eine Arbeitgeberpartei soll gegründet werden, weil die armen Unternehmer angeblich in der Politik zu kurz kommen, weil sie nur zehn Vertreter im Reichstag haben, ihnen aber ein großer Einfluß gebühre, also auch eine entsprechende parlamentarische Vertretung; weil die Industrie die größte Bedeutung für das Deutsche Reich besitzt und weil endlich die bestehenden bürgerlichen Parteien unter Vernachlässigung der „Arbeitgeber“ die Arbeitermassen umhulen und immer mehr kommunistische Gleichmacherei betreiben. Dieser Vorwurf wird selbst gegen die National-liberalen erhoben, die sich doch die Vertretung der Interessen des Großkapitals als ihre Spezialität sehr angelegen sein lassen und die nur Wahnmis als kommunistisch verdächtigen kann. Einzig die Konservativen finden bei Tille als die „Hüter der alten liberalen Ideale auf den meisten Lebensgebieten“ Gnade. Was für „liberale Ideale“ das sind, sagt uns Tille zwar nicht, aber man kennt sie auch ohne seine Offenbarung. Sie bestehen in der völligen Rechtlosigkeit und Verflawung der Arbeiter, in der Gefindeordnung, im Prügelrecht des „Herrn“ und der Madame gegenüber den Arbeitern und Diensthöten, in der Verewigung der elenden Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft und in ihrer Verallgemeinerung für das ganze Wirtschaftsleben. Für die Gefindeordnung mit ihren die Menschenwürde und die Menschenrechte des arbeitenden Volkes schändenden Bestimmungen sind bekanntlich noch immer in allen deutschen Landtagen und im Reichstag alle bürgerlichen Parteien eingetreten und haben sich so im Sinne Tilles als die „Hüter der alten liberalen Ideale“ erwiesen und bewährt.

Völlig unwahr ist auch die Behauptung Tilles, daß die „Industrie“ nur durch „zehn weiße Raben“, das heißt durch Fabrikanten im Reichstag vertreten sei. Einmal ist die Zahl der Fabrikanten als Reichstagsabgeordnete an sich größer, er hat sich da einfach eine Unterschlagung zuschulden kommen lassen und sodann zählt er die Direktoren oder sonstigen Vertreter von industriellen Aktienunternehmungen, die als Abgeordnete im Reichstag sitzen, einfach nicht mit. Aber auch dieser Umstand ist nicht maßgebend für die Beurteilung der parlamentarischen Vertretung des Unternehmertums, denn er läßt die Frage in unhaltbarer Einseitigkeit erscheinen. Tatsache ist vielmehr, daß alle bürgerlichen Parteien sich als Unternehmer-, als Klassenparteien betrachten und betätigen und die Stützen des kapitalistischen Klassenstaates sind, der mit anderem Worte ein Unternehmerstaat ist. Dementsprechend sind alle Gesetze und Einrichtungen dem Unternehmerinteresse angepaßt, die Zoll- und Handelspolitik wie die Steuerpolitik, die Gewerbeordnung mit ihrem perfiden § 153 ebenso wie das neue Reichsvereinsgesetz, die Justiz, die Polizei, das Militär u. s. w. Dem Interesse des Unternehmertums dient auch die soziale Gesetzgebung, über deren angebliche „Laffen“ so viel geflagt und geschwänzelt wird, indem sie die Arbeiter mit dem kapitalistischen Klassenstaat ausföhnen und sie zum Verzicht auf ihre sozialistischen Ideale veranlassen sollte.

Eine krasse Einseitigkeit, die aber freilich der Tilleschen Bewertung der Arbeiter als bloßes Produktionsmittel entspricht, ist die Identifizierung der Unternehmer mit der Industrie. Es ist aber ebenso ein Unsinn, für das Unternehmertum Industrie zu setzen, als etwa statt Arbeiterschaft Industrie zu setzen. Der Begriff Industrie ist ein viel weiterer, denn er umfaßt außer den beteiligten lebenden Personen auch die Betriebsanlagen, die Maschinen, den Rohstoff und noch viele andere Dinge.

Abgesehen von alledem will Tille eine neue Partei, die Arbeitgeberpartei, um mit der Klinker der Gesetzgebung die verschiedenen Scharfmacherideale zu verwirklichen, für welchen Zweck ihm die bürgerlichen Parteien nicht reaktionär genug sind. Die Partei soll außer den Industriellen auch die Kaufleute, Expediteure, Hotelbesitzer, Bauunternehmer, Handwerksmeister, Ladeninhaber, Fuhrwerksbesitzer, Hansbesitzer, Wirte, Großgrundbesitzer und Bauern und auch die „höheren Beamten“ umfassen und so kommt er nach der Betriebszählung von 1907 auf 9293115 Betriebsinhaber, die für ihn gleichbedeutend sind mit Reichstagswählern, über die die Arbeitgeberpartei zu verfügen hätte. Da es nun bei den letzten Reichstagswahlen zusammen 13352880 Wähler gab, so gehörte die erdrückend große Mehrheit derselben der Arbeitgeberpartei, der gegenüber die Sozialdemokratie mit ihren 3259029 Stimmen einfach verschwinden mußte. Da kann man schon sagen: „Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten, mit Zahlen ein System bereiten.“

Als ob dem Tille zuliebe die alten historisch gewordenen bürgerlichen Parteien abdanken und in der politischen Verjerkung verschwinden und als ob die Interessen der verschiedenen Unternehmergruppen die gleichen sein würden, die sich nun in eine Schablone pressen ließen. Es ist eine Utopie, eine politische Spielerei, was der Tille in seinem Vortrag vor den saarakischen Unternehmern auseinandergesetzt hat und er muß sich daher von ihm nahe- stehender Seite lassen, daß es mit seiner nagelneuen Idee nichts ist. So erklärt dazu der zweite Vorsitzende des Verbandes deutscher Metallindustrieller, Herr Menck in Altona, in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 36) folgendes:

„Wie bekannt, habe ich auf Wunsch von Arbeitgeber-Versammlungen mich mit der Aufstellung eines Planes für eine politische Organisation der Arbeitgeber befaßt. Ich habe dabei von vorn- herein von der Schaffung einer Arbeitgeberpartei Abstand genommen, weil andere Berufsstände, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiter, auch noch keine politischen Berufsparteien gebildet haben. Es haben sich bisher außer den Arbeitern die Privatangestellten, die Beamten und die Landwirte politisch organisiert, wir haben aber noch keine Angestelltenpartei, keine Beamtenpartei und keine eigentliche Landwirtepartei, und solange diese fehlen, dürfen wir auch keine Arbeitgeberpartei bilden, sondern müssen nach dem Vorbilde des Bundes der Landwirte nur einen Bund der gewerblichen Arbeitgeber gründen, weil wir Arbeitgeber bei der politischen Scheidung der Berufsstände nicht die Führung zu übernehmen, sondern erst nachdem ohne unser Zutun die Scheidung jetzt vollzogen ist, unsere Interessen in derselben Weise, wie es die anderen Berufsstände bereits machen, zu vertreten haben. Betrachten wir die politische Betätigung der anderen Berufsstände an einem Beispiel, und nehmen wir dazu die Beamtenorganisationsfragen, so finden wir, daß es das politische Ziel dieser Organisationen ist, solche Abgeordnete in die Parlamente zu bringen, welche dafür eintreten wollen, daß die Beamtengehälter möglichst hochgebracht werden, daß die Zahl der unfähig ange- stellten Beamten im Verhältnis zu den tüchtig angestellten Beamten möglichst groß gemacht wird, daß die Disziplinarergüsse über die Beamten möglichst eingeschränkt wird, daß die Zahl der Beamtenstellen möglichst erhöht wird, set es auch im Wege einer immer weiter getriebenen Verstaatlichung zc. Ein Abgeordneter, welcher den Wünschen der Beamten sich nicht willfährig zeigt, kann bei der Wahl auf Beamtenstimmen nicht rechnen, von Ausnahmen abgesehen; die politischen Parteien sind deshalb in sehr vielen Wahl- kreisen gezwungen, solche Kandidaten aufzustellen, welche den Wünschen der Beamten gegenüber sich zustimmend verhalten. Genau ebenso, wie ich es an diesem Beispiel gezeigt habe, polst sich die Einwirkung der politischen berufständlichen Organisationen der Arbeiter, der Privatangestellten und der Landwirte auf die Wahl- kandidaten und damit auf die politischen Parteien, nur daß die For- derungen der Berufsorganisations, je nach ihren Bedürfnissen, ver- schieden geartet sind. Jedoch die gewerblichen Arbeitgeber stehen bisher noch politisch unorganisiert abseits und bringen unsere Be- zugsinteressen bei den politischen Wahlen nicht zur Geltung, was zur Folge gehabt hat, daß die deutsche Sozialpolitik ausschließlich die Interessen der Arbeiter, der Privatangestellten und der Beamten berücksichtigt.“

Letzteres ist an sich nicht richtig, aber auch wenn dem so wäre, so haben wir bereits gezeigt, daß mit der Sozialpolitik die bürgerlichen Parteien und die Regierungen nichts anderes bezwecken, als die Sicherung der Existenz des Unternehmertums vor den sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter. Diese Politik ist die höhere und für die Arbeiter gefährlichere als die der Tille und Menck.

Worauf es jedoch in den zitierten Äußerungen Mencks ankommt, ist die Ablehnung des Tilleschen Vorschlags betreffend die Gründung einer Arbeitgeberpartei. Und den gleichen Standpunkt vertritt ein „Schreiben“, das nach der Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 15) bereits im April dieses Jahres den Ausschußmitgliedern des „Verbands deutscher Arbeitgeber- verbände“ zugegangen war und in dem ausgeführt wird:

„Andererseits aber ist wohl zu beachten, daß die geplante po- litische Organisation der gewerblichen Arbeitgeber nicht etwa auf die Bildung einer neuen politischen Par- tei abzielt. Der Bund soll vielmehr jeder Partei neutral gegenüberstehen, sofern ihr sozialpolitisches Gebaren nicht auf die unmittelbare Förderung der Ziele der Sozialdemokratie hinaus- zielt. Im allgemeinen wird er sich damit begnügen, gegen die- jenigen Elemente Front zu machen, durch deren Kustreten die ein- zelnen Parteien zu verhängnisvoller Vertiefung der Grenzen ver- anlaßt werden, die der sozialpolitischen Gleichmacherei durch die Verpfändung zu gewissenhafter Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse aller Erwerbskategorien gezogen sind. Darum wird der Bund bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen alle Kandida- turen bekämpfen, die ihm nach dieser Richtung hin zur Kritik Veranlassung geben, und ebenso wird er diejenigen Kandidaturen unterstützen, welche sich seinen Bestrebungen anschließen. Des weite- ren wird er sein Bemühen darauf richten, daß den gewerblichen Arbeitgebern eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung im Parlament zuteil wird.“

In der grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Arbeiter sind die Tille, Menck und der Anonymus allerdings einig. Die „Sozialpolitik“ soll allein der Prüffstein sein gegenüber Kan- didaten bei Wahlen in dem Sinne, ob sie für Arbeiterforde- rungen an die Gesetzgebung eintreten oder für Unternehm-

forderungen nach Entrechtung der Arbeiter im Versicherungs- wefen, nach Streikbrecherchutz und Raub des Koalitions- und Streikrechtes der ehrlichen Arbeiter, nach vollständigem sozial- politischen Stillstand und nach brutaler Reaktion, neuen Verfol- gungen und Unterdrückungen der Arbeiter auf allen Gebieten.

Hier ist der Feind und ihm gegenüber sollten und müssen die Arbeiter eine einzige und einheitliche Macht bilden, wie das Unternehmertum sie für sich zu schaffen im Begriff steht. „Wer nicht unser Freund ist, möge sich von anderen Leuten in die Parlamente wählen lassen,“ sagt Herr Menck und diese Parole müssen auch die Arbeiter ausnahmslos auf der ganzen Linie befolgen, dann werden sie die auf ihre Verflawung gerichteten Pläne der Scharfmacher vereiteln können.

Stadt und Land.

Es. Professor Hise, der Sozialpolitiker des Zentrums, hat unter dem Titel: „Umriss der Agrarfrage“ eine Schrift heraus- gegeben, worin der Verfasser dem Bauernstand ein hohes Lob singt. Abgesehen von seiner wirtschaftlichen Bedeutung zeichnet sich nach Hise der Bauernstand dadurch aus, daß er „im besten Sinne national“ ist, er liebt Heimat und heimatische Sitte, ver- teidigt Haus und Hof gegen Gleichmacherei und Revolution im Innern wie gegen den äußeren Feind. Der Bauernstand ist ein „wertvolles konservatives Element im Staate und in der Ge- sellschaft“, er vertritt die Kräfte der Ordnung und Beharrung gegenüber dem stürmenden Fortschritt. Der bäuerliche Mittel- stand bildet ein „bedeutungsvolles Mittelglied zwischen Kapital und Arbeit“, Arbeitgeber und Arbeiter stehen noch in persönlichen familiären Beziehungen. Der Bauernstand hält noch fest an „Religion und Sitte“ und endlich:

„Der Bauernstand ist der Jungbrunnen der physischen und sittlichen Volkskraft. Die Arbeit ist anspannend in freier Natur, voll Wehjel und Anregung. Die natürliche, einfache Lebens- weise fern von den Genüssen, Lockungen und Aufregungen der Stadt und Industrie, unterstützt durch Religiosität und Sitten- strenge, hält frisch, schafft Lebenskraft und frohen Sinn und sichert dem Familienleben reichen Inhalt und festen Bestand. Die Söhne des Landes stellen die meisten und besten Soldaten und Offiziere. Das Land und die Landwirtschaft weißt die ge- ringste Sterblichkeit, den höchsten Geburtenüberschuß auf. Die Großstädte erhalten und verstärken sich nur durch den Überschuß des Landes. Auch die akademischen Berufe, insbesondere der Klerus und der Lehrstand, rekrutieren sich zum guten Teil aus dem Bauernstand.“

So Professor Hise in seiner neuesten Schrift. Dreimal gefegnet der Bauernstand, diese Quelle aller Kraft, aller Sitte, aller Intelligenz. Die Vorliebe Hises für den Bauern ist nicht neu, er hat ihr früher schon in noch viel deutlicherer Weise Aus- druck gegeben. In seinem 1880 erschienenen Buche: „Kapital und Arbeit“ redet er ein langes und breites über die Vorzüge des handwerklichen und bäuerlichen Kleinbesitzes. „Diese Vor- züge — schreibt er da — sind so groß, daß ihretwegen gern auf einen etwaigen materiellen Fortschritt verzichtet werden kann; einen Kleinbauern zum Uckerknecht, einen Handwerker zum Fabrik- arbeiter machen, heißt sie unendlich herabdrücken, selbst dann, wenn sich ihre Lage glänzender bessern würde. In der Werkstatt, auf dem Bauernhof vollzieht sich die rechte Erziehung, im Um- gang und in der Unterordnung mit dem Arbeitsherrn, beide noch verbunden durch persönliche Bande als Meister und Geselle, Herr und Knecht. Jeder wahre Volksfreund muß deshalb für die Erhaltung des Mittelstandes plädieren.“

Und in seinem drei Jahre früher erschienenen Buche: „Die soziale Frage“ heißt es: „Nur ein solider Bauernstand gibt dem Staate Halt und Festigkeit; er war immer eine treue Stütze für Thron und Altar, während die Freigeisterei und Sittenlosigkeit der Städte immer mehr die Mutter des Umsturzes und des Radikalismus war. Und doch ist der Bauernstand gerade Stief- kind unserer liberalen Regierungen, und wenn einmal von sozialer Frage die Rede ist, faßt man diese als Arbeiterfrage auf. Weil die wenigen Fabrikarbeiter am meisten politern, am ersten mit Barrikade und Petroleum drohen, sucht man vor allem und allein sie einmal wieder zu beruhigen; des Landvolkes — 67 Pro- zent der Gesamtbevölkerung — vergißt man; es erfährt nicht für unsere Politiker. Und doch ist klar, daß einseitige Förderung der Industrie Förderung des Proletariats heißt, Stärkung der Städte auf Kosten des Landes nichts anderes heißt als Holz beitragen für das Freudenfeuer der Petroleumhelden!“

Gerade würde sich Herr Hise wohl etwas weniger dert aus- drücken. Aber damals war er noch nicht Abgeordneter des Zentrums und Vertreter der ultramontanen Sozialpolitik, damals redete er vor Würzburger Studenten und nicht wie heute vor katholischen Arbeitern, die ihm die verächtliche Sprache über die „polternden Fabrikarbeiter“ und den Vergleich mit den „Petroleum- helden“ wohl nicht so ganz ungerügt durchgehen lassen würden. Im übrigen aber ist, wie seine eingangs erwähnte Schrift zeigt, die Werthschätzung des Bauernstandes bei Hise dieselbe geblieben. Ist nun wirklich auf dem Lande alles von so ausgezeichnete- rer Beschaffenheit, wie Hise es darzustellen beliebt? Zunächst einmal sei festgestellt, daß es innerhalb des bäuerlichen Mittelstandes eine weite Masse von Kleinbesitzern gibt, die, was Arbeit, Ein- kommen und Lebenslage betrifft, auf durchaus proletarisches Stufe stehen; dazu kommt die große Zahl beschlossener Landarbeiter und Diensthöten — kurzum der weitaus größere Teil der länd- lichen Bevölkerung paßt schon durch seine Eigentums-, Einkommens-

und Lebensverhältnisse von vornherein nicht in das anheimelnde Bild, das Hitze von dem Lande entwirft. Wir wollen unterfragen, ob und wie weit es zutrifft, daß der Bauernstand so verlässlich „national“ und „konservativ“ gefimmt sei; es soll und scheint, daß er selbst solange ist, als er in der konservativen Partei seine Stütze findet und die Regierung sich ihm genügen lässt; die Bauern auch der fernsten Gegend können — wie es die Her Bewegung im Rheinland gezeigt hat — verdammt radikal und unmissverständlich sein und die Landkinder von heute wissen ganz energiegelade Löwe anzuschlagen, wenn die Regierung in ihrem Wohlwollen einmal etwas nachläßt. Darauf wollen wir nicht weiter eingehen, sondern einmal untersuchen, ob wirklich das Land der „Jungbrunnen“ für das Unterland Macht und Stärke ist.

Kürzlich hielt der landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen in Bonn seine Sitzungen ab. Ein Düsseldorf'er Arzt rebete bei dieser Gelegenheit über die Förderung der Gesundheitspflege auf dem Lande. Der Redner meinte, den Gesundheitsverhältnissen auf dem Lande sei eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn das Land sei der Jungbrunnen der physischen und sittlichen Volkskraft. Aber die Gesundheitsverhältnisse auf dem Lande seien ungünstiger, als man im allgemeinen annehme: 1. habe die Stügelungs- und Kindersterblichkeit auf dem Lande bedeutend weniger abgenommen als in der Stadt; 2. die akuten Krankheiten, besonders Typhus und Diphtherie, weisen auf dem Lande bedeutend höhere Sterblichkeitsziffern auf als in der Stadt; 3. die Tuberkulose sei auf dem Lande mindestens ebenso verbreitet als in den Städten. — Wie man sieht, erhält das strahlende Bild, das Hitze von den ländlichen Verhältnissen entwirft, von ländlicher Hand einige recht dunkle Schatten. So unzulänglich die Gesundheitspflege in den Städten auch noch ist, sie ist aber immer noch besser als auf dem Lande, wo die Mehrzahl der Bevölkerung in einer Lage lebt, die schlechter ist als die der städtischen Bevölkerung. Und dieser Lage ist auch mit sozialpolitischen Maßnahmen nicht abzuhelfen, da erweisenermaßen die Hilfe nur einem Teile, nämlich den Landwirten, die über ihren Bedarf hinaus produzieren, zugute kommen. Das aber ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil. In der Erziehung höherer Preise durch landwirtschaftliche Zölle geht allerdings heute das Bestreben der Grundbesitzer auf; der eigene Nutzen ist maßgebend, und achloslos gehen diejenigen, die das Wohl der Landbevölkerung am lautesten im Munde führen, an den tausend Schäden, Mißständen und Ungünstigkeiten vorbei, die die Lage der Landbevölkerung tiefer drücken als die der städtischen Bevölkerung. In einer wirksamen Änderung der Dinge fehlt hier zweierlei: 1. daß die Sozialdemokratie Einfluß auf die Gestaltung und Verwaltung der Gemeinwesen auf dem Lande erhält; 2. daß die gewerkschaftliche Bewegung den Landarbeiter gewinnt und diese zahlreichste, unter den Mißständen auf dem Lande am meisten leidende Klasse der ländlichen Bevölkerung für die Besserung ihrer Lebenslage erzieht.

Wie die Dinge jetzt liegen, müssen selbst im Grunde ganz vernünftige und lobenswerte Bestrebungen dazu dienen, die Lage der Landbevölkerung zu verschlimmern. Da ist zum Beispiel das Genossenschaftswesen, das unter anderem auch dazu geführt hat, die Milchversorgung der Städte vom Lande aus zu organisieren. Gewiß ein für beide Teile höchst nützlich Verhältnis — wie es scheint. Aber die Bequemlichkeit des Abhanges und der steigende Milchpreis hat viele Kleinbesitzer veranlaßt, die Milch an die Molkereigenossenschaft abzugeben, die sie bisher selber verbrauchten und zu ihrer und ihrer Kinder Ernährung auch dringend nötig hatten. In den amtlichen Jahresberichten Bayerns ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mit der Entwicklung der Molkereigenossenschaften auch ein Rückgang der Ernährungsweise der ländlichen Bevölkerung sich gezeigt habe. Eine daraufhin von der bayrischen Regierung angeordnete Erhebung hat festgestellt, daß durch die erleichterte Milchabgabe vielfach für die Milchbesitzer der Anlaß gegeben war, alle verfügbare Milch in Geld umzusetzen und das Milchbedürfnis des eigenen Haushalts hinauszustellen. Die Folge davon war die Einführung minderwertiger Surrogate, zum Beispiel Pflanzenmilch, unter Umständen auch der Ersatz der Milch durch alkoholhaltige Getränke. — Von der Genossenschaft profitieren eben auch nur die größeren Besitzer, die über den eigenen Bedarf hinaus produzieren, während die kleinen Leute veranlaßt werden, den eigenen Bedarf des Genossenschafts einzuzugreifen, zum Schaden der eigenen Gesundheit.

Es ist also nichts mit dem „Jungbrunnen“, als den Herr Hitze das Land preist und es ist auch nichts mit den Mitteln, die von der Regierung und den bürgerlichen Parteien der Landbevölkerung zur Besserung ihrer Lage empfohlen werden. Die große, wütend leidende Masse geht leer dabei aus, der Nutzen bleibt in wenigen Händen haften. Hier müssen größere Mittel angewendet werden, Mittel, die der Allgemeinheit zugute kommen. Aber das geht nicht ohne grundsätzliche Änderung der Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse im Sinne des Sozialismus. Erst dann wird das Land zum Jungbrunnen werden für die ländliche wie für die städtische Bevölkerung; das Land wird dann aber auch nicht mehr abgeschlossenen sein vor dem anstehenden Leben der Stadt, beide werden ihre Vorzüge gegeneinander austauschen, Stadt und Land werden zusammenarbeiten zur schließlichen und gesunden Gesundung des Volkes.

Scharfmacher und Arbeitsnachweis.

In München fand anfangs September eine „Arbeitsnachweis“-Konferenz statt, die von allen Vertretern des „Deutschen Arbeitgeber-Verbands“ besucht war. Zunächst sprach Herr Dr. Gubel (München) über scharfmacherische Verhältnisse. Er teilte mit, daß die scharfmacherischen Unternehmer zu ihren deutschen scharfmacherischen Vorbildern abgeduldet hätten, wie man die Arbeitsnachweise im Unternehmerinteresse zur Abweitung der Arbeiter und zur „Eindämmung“ der Gefahren benutzt habe, die sich aus der Koalition der sozialistischen beeinflussten Arbeiterschaft ergeben hätten. Der Vorsitzende der Tagung, der bekannte Herr Mend aus Altona, wolle von einer Diskussion über den ersten Vortrag abgesehen wissen; er meinte: „Wenn im Laufe der letzten Zeit mehrfach der Wunsch einer formalen Kartellierung der deutschen und der scharfmacherischen Arbeitgeberorganisationen ausgesprochen worden sei, so sei demgegenüber zu bemerken, daß zwar ein gegenseitiger Austausch der Berichte über die beiderseits gemachten Erfahrungen äußerst wünschenswert sei, dagegen einseitige der scharfmacherischen Arbeitgeberorganisationen gegenüber nicht, weil die Arbeitgeberbewegung im Gegensatz zu der Arbeiterbewegung, eine durchaus nationale bleiben müsse, falls sie ihrem höheren Zwecke wirklich gerecht zu werden gedenke.“ (Deutsche Arbeitgeberzeitung, Nr. 37 vom 18. September.)

Das letzte ist natürlich nichts weiter als eine Rebeselung. Die Unternehmer sind so „national“ und so international, wie es ihren nackten Klasseninteressen entspricht. Bei der vorliegenden Frage wird eine „dauernde Kartellierung“ schon aus dem Grunde dem engen deutschen Kapitalisteninteresse kaum entsprechen, als ja unter den ausländischen Arbeitern, die ständig nach Deutschland herübergelockt werden, ein gut Teil scharfmacherischer sich befindet. Die scharfmacherischen Unternehmer haben hier natürlich andere Interessen als ihre deutschen Scharfmacherkollegen, sie wollen die Arbeitskräfte möglichst im eigenen Lande behalten, um sie als ein lohnbrückenber Mittel zu verwenden. In dem Maße, in dem die Arbeiterbewegung in der Welt nicht bestehen würde. Das „nationale“ Kartell bei den Unternehmern nur ein rechnerisches Exempel ist, braucht nicht des weiteren bewiesen zu werden. Wir erinnern an die „Reaktion der monarchischen Gesinnung“, mit der die scharfmacherische Zeitung zur Zeit der Müllerschen Steuerreform öffentlich drohte. Wir verweisen auf die Steuerhinterziehungen nationaler und patriotischer Kreise. Wir erinnern auch an den gerade jetzt bei Gelegenheit der Finanznotlage wieder bei den Unternehmerorganen stark einsetzenden Widerstand gegen kräftige direkte Steuern. Ein Vizeadmiral a. D. Hoffmann hat unlängst in der scharfmacherischen Zeitung den Vorschlag gemacht, die großen Vermögen mit einer besonderen Reichssteuer zu belegen. Darüber gerät dann der so furchtbar gelehrte Rundschau der Deutschen Arbeitgeberzeitung scharfmacherisch gewaltig in Form und dem armen Admiral wird gleich der Kopf abgehauen. Bewundern wir die Kunst der Naivität, die der Herr Dr. Kuh in folgendem Exzerpt im Nr. 37 der Arbeitgeberzeitung entwickelt:

„Gemeinen denn etwa die reichen Leute den Schutz und die Vorteile der geregelten Staatsordnung in höherem Maße als die unheimlichen Kreise des Volkes? Ist es nicht oberster Grundsatz der heutigen Rechtsordnung, daß sie dem Ärmsten wie dem Reichsten die gleiche Bewegungsfreiheit, die gleiche Freiheit des Erwerbs und Fortkommens sichert? Oder sollen wir das Ding beim rechten Namen nennen und es offen aussprechen, daß unter der Herrschaft gewisser sozialpolitischer Ideen die Regierung das Übergewicht erhalten hat, den Unheimlichen die größeren Vorteile, die der Staat zu vergeben hat, zuzuwenden! Wo der Wohlhabende von den Einrichtungen des Staates nur dann profitiert, wenn er tief in seinen Beutel greift, da wird dem „armen Mann“ jeder erhebliche Wunsch bereitwillig und ohne alle Unkosten erfüllt, da wird ihm auf dem Präsentierteller entgegengetragen, was sich ein anderer mit schweren Opfern an Geld und Mühe erst erwerben muß. Und wenn die Ausgaben für Meer und Flotte im Budget des Reiches die Hauptrolle spielen, so sei die Frage erlaubt, ob dem nicht der Arbeiter, der Bauernknecht, der Handwerker, ebenso an der Erhaltung des Friedens interessiert ist, wie der Fabrikant oder der Bankier. Die Stetigkeit des Erwerbs ist für den einen so nötig wie für den anderen und im Lande der allgemeinen Wehrpflicht muß der eine seine Knochen so gut daran sehen wie der andere! Hinsichtlich der Rechte also liegt die Sache so, daß diese gleich verteilt sind, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung, sogar vielleicht so, daß der Unheimliche über das vollere Maß verfügt. Wie ist es da mit der elementarsten Gerechtigkeit zu vereinen, daß man durch eine den Reichsten mehr und mehr belastende Steuerpolitik die Pflichten in ganz einseitiger Weise zugunsten der Bescheidenden verteilen möchte?“

Ob es wohl wirklich auch nur einen Menschen geben mag, der den konzentrierten Unjam glaubt?! Bei der „allgemeinen Wehrpflicht“ erinnern wir nur an das Einjährigengendliche herer von „Hilbung und Wehr!“ Doch zurück zur Sache. Ueber die „Einführung des Arbeitsnachweises in gemischten Arbeitgeberverbänden“ referierte Herr Dr. Fleckner (Stettin). Redner gelangte zu dem Ergebnis, daß die Einführung von Arbeitsnachweisen in gemischten Arbeitgeberverbänden nicht nur dringend wünschenswert, sondern auch durchaus nötig sei. Das habe übrigens in besonders schlagender Weise der Beteiligungsbericht der von der Ortsgruppe Rechtsoder zu Stettin eingerichteten Arbeitsnachweise dargelegt. Als ein recht wertvolles Ergebnis der Untersuchungen Fleckners habe festzustellen die Feststellung zu gelten, daß

„in eine vielfach geübte Gewöhnung der Arbeitgeberverbände nur bei obligatorischer Anwendung der Arbeitsnachweise zu denken sei.“

Der Vorsitzende, Herr Mend, machte dann noch folgende Ausführungen, die von allen nachfolgenden Diskussionsrednern unterstutzt wurden: „Zunächst sei zu fragen, ob eine Zentralisierung der Arbeitsnachweise unbedingt geboten sei. Für die großen Städte ginge das nicht, da dort schon die Vermittlung der Branchen-Arbeitsnachweise so ausgedehnt sei, daß die Möglichkeit einer Vereinigung außer Betracht bleibe. Anders wäre es aber in mittleren und kleineren Städten. Dort sei es schon der Kosten wegen gut, gemischte Arbeitsnachweise einzuführen. „Zum zweiten sei dann zu fragen, ob die Benutzung der von den Arbeitgeberverbänden eingerichteten und noch einzurichtenden Nachweise obligatorisch zu gestalten sei. Dies sei unter allen Umständen zu bejahen, denn wie der Referent zu treffend hervorzuheben habe, entstanden aus der fakultativen Vermittlung der Arbeitsnachweise nur Unklarheit und Unsicherheit, infolgedessen es an jeder ausreichenden Kontrolle des Materials an Arbeitskräften sowohl wie der Arbeitsnachweise selbst; ganz abgesehen davon, daß ein wirklich einheitliches Vorgehen der Verbandsglieder völlig ausgeschlossen sei, sobald es dem einzelnen überlassen bleibe, sich seine Arbeitskräfte zu beschaffen, wo und wie er wolle.“

Die Diskussionsredner „erhobten vor allem die Verpflchtung der Arbeitgeberverbände, die hinsichtlich der Errichtung eigener Nachweise noch im Aufstand blieben, dieses Verstumms schnellstens und unter Berücksichtigung der in dieser Hinsicht maßgebenden örtlichen Verhältnisse nachzugehen. Der Vorsitzende beschloß die Diskussion mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeitgeberverbände nach dem Hamburger System (Kontaktarbeiter?) notwendig im Interesse der Auswahl der besten für die deutsche Industrie seien, die sonst im Weltkampf der Nationen auf dem Weltmarkt nicht bestehen würde. Die Regelung der Arbeitsnachweisfrage durch die Arbeitgeberverbände sei eine Angelegenheit von eminent patriotischer Bedeutung. Grundbedenken sei es, sie nach dem Beispiel gewisser Sozialreformer mit gefühlspolitischen Momenten verquiden und die Arbeitsnachweise als Wohlthatigkeitsanstalten auffassen zu wollen.“

Die Arbeiter tun gut, der Entwicklung dieser Dinge fortwährend ihre rege Aufmerksamkeit zuzuwenden. Was von der „Auswahl der besten“ zu verstehen ist, ist klar; es gilt, die in der Arbeiterbewegung tätigen, als „disziplinwidrig“ verschrieenen Kollegen möglichst von der Arbeitsvermittlung auszuschließen und sie durch die Hungerpeltsche Mühe und kapitalfromm zu machen. Es ist gut, wenn es immer betont wird, daß die Kapitalisten die „Regelung“ des Arbeitsnachweises durch die Unternehmerverbände als eine Angelegenheit von eminent „patriotischer“ — das heißt, aus dem Oldtimedenkergang in klarem Deutsch überfetzt, von brutal-unternehmer-egoistischer — Bedeutung ansehen. Daß es dann auch als „grundbedenklich“ angesehen wird, den Arbeitsnachweis „mit gefühlspolitischen Momenten“ zu verquiden, ist ja von Unternehmerten nichts neues mehr. Die sagte doch der saarabische Unternehmer-Syndikus Dr. Lill: „Die Menschenrechte gehören in die Kumpellammer.“

Werkwürdig ist dabei allerdings eines. Bei den Forderungen der Gewerkschaften auf Festlegung von Mindestlöhnen in Tarifverträgen werden von den Unternehmern immer die weniger leistungsfähigen Arbeiter angeführt, die bei solchen Mindestlöhnen nicht eingestellt werden könnten und Not leiden würden. Da sind die Herren auf einmal recht wehleidig. Bald so, bald so, wie's trifft.

Als dritter Referent sprach dann Herr Dr. Schellwien-Berlin über: „Gelbe Verbände und Arbeitsnachweise.“ Den gelben Organisationen sei eine abwartende Stellung gegenüber einzunehmen. „Man soll dieselben nicht künstlich forzieren, sie aber auf der anderen Seite auch nicht schüchtern den Angriffen der sozialdemokratischen oder sonstigen Gewerkschaften preisgeben. Bezüglich der Ansicht der Gelben, sich auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises zu betätigen, vertritt der Referent die Ansicht, daß die Unternehmer solche Bestrebungen bekämpfen müßten, da die Arbeitsvermittlung unbedingt den Unternehmern vorbehalten bleiben müsse. Der Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag gab der Vorsitzende die nachstehende Unterlage: Zunächst sei zu fragen, ob der Arbeitsnachweis den gelben Verbänden zu überlassen sei. Unleugbar bestrebe fast manchen Unternehmern nach dieser Richtung hin eine gewisse Neigung zur Nachgiebigkeit. Sei doch das gleiche dort vielfach zu finden, wo es sich um kaufmännische Verbände handle, die zurzeit vielleicht eher mit den Gelben als mit den Gewerkschaften auf eine Stufe zu stellen wären. Zu bedenken sei aber, daß alle derartigen Vereinigungen mit der Zeit und besonders mit dem wachsenden Maß ihrer Kräfte zur Emanzipation von dem Einfluß des Unternehmertums neigen. Deshalb solle man den Grundsatz: „principiis obsta“ beherzigen und sich vor einer Nachgiebigkeit hüten, deren Folgen jedenfalls unerschaubar seien. So vor allem auch in Sachen des Arbeitsnachweises. Dem Referenten sei daher recht zu geben, wenn er der Meinung entgegentrete, es könne den gelben Vereinigungen die Arbeitsvermittlung unbedenklich überlassen bleiben.“

Ingenieurkunst.

Von Joseph Eng. 2 u. 1 (Dresden).

Wodurch unterscheidet sich die Eisenarchitektur von der Baukunst? In welcher Beziehung befindet die Eisenarchitektur eine künstlerische Erscheinung?
Nur durch das Material und seine Konstruktionsbedingungen können wir den Weg zur Kunst nicht nur des Eisenbaues und der technischen Konstruktions, sondern der Architektur überhaupt und der ihr dienenden Kunst finden. Das Material ist der Schlüssel zu den Geheimnissen der künstlerischen Schönheit, wenn auch nicht des Schmuckes selbst. Die Frage, inwiefern Eisenarchitektur künstlerisch empfinden können, wäre somit einfach erledigt. Unvollständig dürfte sich jedoch zum Vergleich die alte Eisenarchitektur auf, jetzt sei in dem Weg und Verstand der neuen Eisenarchitektur, das ist die Frage, die die Frage ist, in der Weltanschauung der neuen Epoche offenbart. Wir haben bei dem Vergleich, der in der Regel nur mit Unrecht geführt wird, auf der Seite der Eisenarchitektur eine dem Sachverständigen gezielte und insbesondere gezielte Zusammenfassung der Fragen, der der Begriff des Baukunstes in Beziehung mit in der Materialbeziehung begründet, und auf der Seite der Eisenarchitektur den Grundgedanken der Eisenarchitektur, dessen oberstes Gesetz in der größten Zweckmäßigkeit mit den geringsten Mitteln besteht. Dem obersten Grundgedanken der Eisenarchitektur entspricht das folgende: „Die Eisenarchitektur ist die Kunst, die Zweckmäßigkeit der Eisenarchitektur zu erreichen, in der jedes einzelne Bauelement ein Zweck erfüllt, ein Zweck, der die Natur des

Strommaterials, das nur drückt ist, hat die formalen Möglichkeiten der Eisenarchitektur an unüberwindliche Formen gebunden und die künstlerischen Möglichkeiten begrenzt. Wir stehen in der Eisenarchitektur vor einem abgeschlossenen Stilgebäude und kein neuer Formgedanke ist möglich, der nicht eine mehr oder weniger barriere Niederlegung überlieferter Formgebunden ist.
Die höchsten Grundzüge der Eisenarchitektur, die lediglich mit der Zweckmäßigkeit zu operieren haben, geben auch den höchsten technischen Grundzügen der modernen Zeit, wie den riesigen Eisenbahnbrücken in den Alpen, eine historische Anlehnung auf die römische Konstruktion der Aquadukte, die eine Programmweiterentwicklung nur nach der Höhe der Pfeiler und der Stützweite der Bogentreppen anzudeuten. In der Konstruktionsweise des Eisens viel näher verwandt ist das Holz, das von altersher mit seinem Gerüst das Vorbild rationaler Konstruktion im Gegensatz zum Eisenbau gebildet hat. Unzulänglich sind die Holzkonstruktionen der wirkliche Vorbilder des Eisenbaues und das Eisen ist in den ersten Stadien seiner Entwicklung als konstruktiver Baustoff wirklich zunächst als Ersatz des Holzes aufgetreten, worin ja die Pariser Halle ausble, die wegen Feuergefahr an Stelle des früheren Holzbauwerks eine Eisenbauwerk erhielt, ein nachfolgendes Beispiel bietet. Als Baustoff ist das Holz dem Eisen insofern überlegen, als es nicht nur leichter, sondern auch und zugleich zugleich ist. Allerdings sind die Baueigenschaften auf Zug und Biegung beim Holz aus natürlichen Gründen beschränkt, ebenso wie die Druckspannung beim Eisen der Materialnatur gemäß ihre bestimmte Größe hat. Es sind die Grenzen, die bei diesen beiden Materialien den künstlerischen und konstruktiven Möglichkeiten Halt gebieten. Die Unbegrenztheit des Eisens über diese beiden Vorzüge äußert sich darin, daß es die Eigenschaften der beiden anderen summiert, die Festigkeit auf Druck, Zug und Biegung im höchsten Maße besitzt und bei der Homogenität seiner Substanz eine Uniformität besitzt, die den natürlichen For-

malmöglichkeiten keine Beschränkung auferlegt. In Stein und Holz ist der Bauelemente reslos erschöpft und in einer Ueberlieferung, so alt wie die Menschheit, zum Abschluß gebracht. Im Eisenbau stehen wir im Anfang der Geschichte und vor einer Zukunft, die trotz des Visherigen noch reich an Ueberstärkungen sein wird.
Die statischen Gesetze betreffen den stärksten äußeren Unterschied zwischen der Eisenarchitektur und der Baukunst. Die Entmaterialisierung ist die große Tugend der Eisenarchitektur, nicht aber des Steinbaues. Im Steinbau dominiert ein durch eine hohe künstlerische Vergangenheit ausgebildeter Formenwille, in der Eisenarchitektur ein durch Mathematik behaupteter rationaler Konstruktionswille. In der bauhistorischen Form tritt das Material in mannigfacher Gestalt auf, in Variationen von Formen, davon jede einzelne künstlerische Bedeutung haben kann und im Gesamtgefüge Träger eines bestimmten formalen Wertes ist, wie der Dreiklang in dem Aufbau einer Symphonie. Diese Bauglieder bestehen in der Baugeschichte aus Mauern, Säulen, Archivolten, und oftmals treten Keramik, Plafond, Mauerwerk, die letztere in ihrer verschiedenen stilistischen Unterabteilungen als Rosett oder als Freskomalerei, Sgraffito z., und jene Gattungen von Kunstgegenständen hinzu, die wir mit dem Gesamtbegriff Kunstgegenstände nennen. Das Zusammenstellen dieser Bauglieder erfolgt zunächst nicht auf mathematischer Grundlage, sondern auf jener geheimnisvollen, unelernbaren Verfassung der Empfindung, die wir als künstlerisch bezeichnen. Der praktische Zweckgedanke und die statischen Grundgesetze wirken allerdings in diesem Zusammenstellen mit, aber nicht als die Kompositionen, sondern bloß als die dirigierenden Kapellmeister. Die Kuppel der Peterskirche ist nicht auf Grund von Berechnungen entstanden, sondern insolge einer künstlerischen Konzeption, die mit instinktiver Gewisheit das höchste wagte. Die statische Berechnung trat erst nachher ein, um das Werk des schöpferischen Augenblicks zu überprüfen und den graphostatischen Rechenzettel zu liefern. Ge-

Wieder aufgenommen werden:
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wülfers:
 Der Former Max Gerdel, geb. am 19. Jan. 1866 zu Krefeld.
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Haldenow:
 Der Formerknechtmeister Fein. Schwarz, geb. am 2. Nov.
 1860 zu Brandenburg.
 Der Metzler Otto Thormann, geb. am 17. Aug. 1871 zu
 Haldenow.

Ausgehenden und an den Vorstand einzuliefernde ist das Schweizer
 Buch Nr. 80880, lautend auf den Dreher Gustav Kringsel
 von Heutlingen.

Aufforderung zur Rechtsfertigung.
 Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich
 wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu
 rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander er-
 scheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, er-
 folgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wülfers:
 Der Schlosser P. Uuer, geb. am 11. September 1878 zu Unter-
 Sullau, Buch-Nr. 018271, wegen Diebstahl und unkollegialem
 Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Würzen:
 Der Former Otto Sandsoh, geb. am 20. April 1808 zu Reich-
 stadt, Lit. A. Buch-Nr. 276866, wegen Diebstahl.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
 Theodor Werner, Eintragsamt, Räte-Str. 10b
 zu richten; auf dem Postschlitt ist genau zu bemerken, wofür das
 Geld verelnhaut ist.
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! ♦ Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Hohenheim-Niederlahnstein (Drahtgewebe-
und Geschloßwerk) R.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kerumachern nach
Reiße (Rettig & Co.) D.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Upsala i. Schw. (Firma
R. G. Marxström) St.; nach Paris;
- von Goldschlägern nach Großschönau; nach Nürnberg und
Schwabach;
- von Instrumentenmachern (Met.) nach Brüssel (M. Fischer) D.;
- von Klempnern, Flachmännern, Spenglern und Installateuren nach
Fingolstadt, St.; nach Kassel; nach Raumburg (Firma
Kittler) D.; nach St. Moritz (Schweiz);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Düren (Ja. Fischer)
D.; nach Dießen (Karolinenhütte) M.; nach Gießhofen (Stahlw.)
M.; nach Heirichs (siehe Subh.); nach Lollar (Eisenwerk) R.;
- nach Müglitz i. Mähren (Elektro-Fabrik, L. Dunkel & Co.) St.;
- nach Nürnberg (Viktoriafabrikwerke) St.; nach Paris; nach
Plettenberg (Firma R. Heilmann) R.; nach Pönnel (Berger
& Weiser) M.; nach Suhl i. Thür. (Waffen-, Fahrrad- und Kriegs-
fahrzeugfabrik Simson & Co.); nach Tützingen (Alliengesell-
schaft für Feinmechanik vormals Zetter & Scheerer) D.; nach
Willingen (Richard Marx, Feinmechanische Werkstätte) M.;
- von Nadelarbeitern nach Aachen (Ja. F. C. und W. Rumpen) M.;
- von Schmieden (Eisen- und Wagen-) nach Effen 2.;
- von Walzwerkerarbeitern nach Haslach i. Schwarzw. (Fr. Wilh.
Gais, Eisen- und Stahlwerk) M.;
- von Blechschneidern, Hochwalzmaschinen u. f. w. nach Dort-
mund, Alliengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinnfabrikation;
- von Feileuren nach Hanau (Ja. Zimmermann).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die über-
haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L. Lohn-
bewegung; M. Ausperrung; D. Differenzen; N. Maßregelung;
W. Mißstände; R. Lohn- oder Werd-Reduktion; F. Einführung
einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung
 eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den
 Vorstand zu adressieren. Die Anträge auf Ver-
 hängung von Sperrungen müssen hinreichend begründet und von
 der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

**Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-
 lässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich**
 jedes Jahr bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder
 Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen
 Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der
 Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzuempfehlen zu
 lassen. Anfragen über Orte wo keine Verwaltungsstelle besteht,
 wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle
 die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Drahtzieher.

Niederlahnstein. Die schlechten Zeiten zeigen auch hier ihre
 Folgen. Die Grob- und Mittelzieher der Firma E. E. Schmidt
 in Hohenheim besaßen sich in einer Betriebsbesprechung mit dem
 am 4. September erfolgten Abzug und auch mit den Wiffständen auf
 genanntem Werk. Während schon in den vergangenen Jahren 25
 bis 30 Schichten gearbeitet werden konnten, wird wegen Mangel an
 Rohmaterial über Säure, beide wegen Hochwasser, Stillstande oder
 Geringfügigkeit, fallen nun alle 14 Tage nur bis vier Schichten aus, meist
 am Grob- und Mittelzieher. Als nun die Grob- und Mittelzieher am
 4. September nach fünfjähriger Pause zur Arbeit kommen, pflanzte in
 der Fabrik ein Unheil, mochte ein Abzug von 10 bis 20 % pro
 1000 Kilogramm angeordnet wurde. Die letzten Abzug ist die Firma
 wohl in erster Linie angeht, da deren Abzug die meisten Arbeit-
 sachen, die nun auswärts eingeliefert sind. Daraus sind auch
 Kollegen, die früher hier gearbeitet haben und ohne Grund auf-
 für Drahtzieher zu haben. In der Betriebsbesprechung wurde
 eine Kommission aus Gewerkschaftern und anderen Kollegen gewählt.
 Die Kommission ist in Verhandlung mit der Direktion und dem
 Geschäftsführer, das Ergebnis war aber gleich Null. Die Firma erklärt,
 da andere Werke die Preise auch niedriger setzen können. Wegen
 der Geschäftslage haben die Kollegen beschlossen, zum weiteren
 Ergebnis Abstand zu nehmen.

Elektronenarbeit.

Hamburg. In der am 20. September abgehaltenen öffent-
 lichen Versammlung der Gewerkschaften und Hilfsvereine fand
 auf der Tagesordnung: Unter 2. Haupttitel: Kollege Thormann
 sprach in seinem Bericht eine folgende Rede: Wohl den
 Kollegen dürfte es bekannt sein, daß am 3. und 4. Juni 1907
 hier in Hamburg die erste öffentliche Mitgliederbesprechung des
 Verbandes stattfand. Auf diese Besprechung wurde durch die
 beteiligten Kollegen sehr großes Interesse geweckt. Die
 Besprechung wurde durch die beteiligten Kollegen sehr lebhaft
 geführt, es kam es zu einer einstimmigen Beschlussempfehlung,
 die der bekannte Gewerkschaftsleiter des Arbeitervereins,
 Herr v. Reisch, auf, welcher über den Punkt: Arbeitsunter-
 suchung anderer Gewerkschaften sprach. Im Jahre 1905 waren in ganz
 182 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, die zusammen eine
 3 000 000 A. an Gewerkschaftsbeiträgen lieferten. Während des
 Kriegsjahres der Gewerkschaften eine 2 000 000 A. betrag.
 Die Organisation entsprach 1 438 000 Mann auf die sozial-
 demokratischen Gewerkschaften. Die Anzahl der Mitglieder be-

trug gegenüber dem Vorjahre 202 605, das heißt 27,4 Prozent.
 Im Jahre 1904 betrug der Zuwachs mehr als 300 000. Die
 gleichzeitige Fortentwicklung mußten wir also bemerken, daß
 im Jahre 1908 sämtliche Arbeiter dem Kommando der Arbeiter-
 führer unterliegen. Deutschland gilt von jeder als das größte Land
 der Erde. Auch auf sozialpolitischen Gebiete wünschen die
 Theoretiker in parabolischer Ueppigkeit aus dem Boden hervor. Die
 Theoretiker sind der Meinung, daß das Koalitionsrecht die aus-
 wirtschaftlichen und stützenden Gründen naturgemäßige Kampfer-
 führung der anderenfalls als unrentabel anzusehenden kapitalistischen
 Lebensweise des Unternehmertums über die Arbeiter bilde. Das
 selbe gilt ihnen als ein Dogma, an dem rütteln zu wollen ein
 Verbrechen ist. Wir sehen aber, daß die Koalitionsfreiheit schwere
 katastrophale Mißschicksale zu zeitigen brachte, weil ihr Urheber nicht
 über die Tatsache im klaren waren, daß mindestens ebenso nötig
 wie die Aufhebung der Koalitionsfreiheit unterbindenden Be-
 stimmungen die Verhinderung eines Mißbrauchs dieser Freiheit ist.
 Ich für meine Person beabsichtige nicht im geringsten, gewisse Ver-
 dienste der Organisationen in Sachen der Hebung der wirtschaft-
 lichen Wohlfahrt der Arbeiterschaft zu leugnen. Durch die Koalitions-
 freiheit sind gewiß die Löhne der Arbeiter weit schneller ge-
 stiegen und die Arbeitsbedingungen weit einheitlicher geworden.
 Dennoch fehlt es an solchen gelochtermaßen Kravatten, mit deren
 Hilfe man der Ausnutzung der Koalitionsfreiheit, welche sich in
 dieser Hinsicht am besten als Streikfreiheit anbezeichnen läßt, zu agita-
 torischen Zwecken vorbeugen kann. Die Regierung, welche in sol-
 chen Dingen ganz von dem Bestehen der parlamentarischen Majori-
 rität abhängig, kann trotz besten Willens nicht verhindern, daß ihre
 gut gemeinten Sanierungsversuche unter den Tisch fallen. Was
 können die Unternehmer demgegenüber tun, um sich gegen ihre
 Ueberwältigung durch die Arbeiterorganisationen zur Wehr zu
 setzen? Wir müssen aus dem gleichen Material Verteilungswaffen
 schmieden, aus dem die gegen uns gerichteten Angriffswaffen
 hergestellt werden. Demgemäß müssen wir Arbeitgeberverbände bilden
 und sie mit den gleichen Befugnissen ausstatten, die den Gewerk-
 schaften zu Gebote stehen. Da diese grundsätzlich die Unterneh-
 mer einzeln aufs Korn nehmen, um sie ihren Forderungen willfährig
 zu machen, so machen die Arbeitgeberverbände die Sache ihrer an-
 gegreifenen Mitglieder zu der eigenen und unterstützen jene nicht
 dadurch, daß sie die streikenden und ausgesperrten Arbeiter nicht
 einstellen, oder sogar einen Teil der eigenen Leute entlassen, um
 auf diese Weise die Kräfte der Gewerkschaften zu schwächen und da-
 durch den Widerstand der Arbeiter zu lähmen. Des weiteren ist
 notwendig die Beschaffung von Darlehen- und Unterstützungskassen
 oder Streikschädigungsgesellschaften, die auf versicherungstechni-
 scher Grundlage zur Unterstützung der von Streikfällen betroffenen
 Mitglieder je nach Maßgabe der in Betracht kommenden Zahl von
 Arbeitern und Streiktage dienen. Ferner muß darauf hingewirkt
 werden, daß in die Lieferungsakte die sogenannte Streik- und Aus-
 sperrungslauf aufgenommen wird. Schließlich wird die Regelung
 der Arbeitsvermittlung in den Bereich der Verhandlungstätigkeit zu
 ziehen sein. Die Organisation solcher Branchen, wie die elektro-
 technischen Installationsfirmen, wird eine doppelte sein müssen. Wo
 die Arbeitgeber nicht zahlreich genug sind, um einen eigenen Ar-
 beitgeberverband zu gründen, müssen sich dieselben den gemischten
 Arbeitgeberverbänden des betreffenden Bezirks als besondere Grup-
 pierung anschließen, während dort, wo noch keine gemischten Arbeit-
 geberverbände existieren, sondern nur einzelne Berufsgruppen organi-
 siert sind, an diese Anschluß zu suchen ist. Andererseits müssen die
 je geschaffenen einzelnen Untergruppen zentralisiert werden zu
 einem gemeinsamen Arbeitgeberverband, der dann vielleicht dem
 Verein deutscher Arbeitgeberverbände zu Berlin angegliedert
 werden könnte. Kommt es nun an einem Orte zu Differenzen zwischen
 einer oder mehreren Installationsfirmen und den gewerkschaftlich
 organisierten Arbeitern, so ist es zunächst Aufgabe des gemischten
 Zentralverbandes, die Einstellung der Streitenden bei Berufsgrup-
 pen zu verhindern und gleichzeitig den angegriffenen Mitgliedern
 jede Unterstützung abzuschneiden zu lassen. Die Branchenzentralen
 werden wiederum dafür sorgen, daß die streikenden Arbeiter nicht
 bei auswärtigen Installationsfirmen eingestellt werden. Ferner
 werden sie insofern sein, eine nachhaltige finanzielle Unterstützung
 in die Wege zu leiten und eventuell, wenn es zum äußersten kommt,
 auf die Angreifer mit Hilfe von gemeinsamen Aussperrungen einzu-
 wirken. Endlich ist es nötig, den Arbeitsnachweis zu zentrali-
 sieren, wobei als Vorbild die Arbeitsvermittlungstellen der Vereine
 deutscher Fleischfabrikanten empfohlen werden können. Die Organi-
 sationen des Unternehmertums sind sehr wohl imstande, die Mängel
 des Koalitionsrechtes wegzumachen, wenn es ihnen nur genügend
 ermöglicht wird. Nachdem der Vorsitzende, Herr Antonius, Herrn
 v. Reisch den Dank der Versammlung ausgesprochen und auf
 die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Arbeitgeber aller
 Branchen hingewiesen, richtete derselbe an Herrn v. Reisch die
 Frage, welche Stellung die Großfirmen bisher der Arbeitgeberfrage
 gegenüber eingenommen hätten. Herr v. Reisch erwiderte, daß
 dieselben dem Rande der Metallindustrie angehören, und glaubt,
 daß der Anschluß der Installationsfirmen an diese ebenfalls durch-
 führbar sei. Zur Beratung kommt dann noch ein Antrag des Be-
 zirksvereins Hamburg und Umgegend: Der Verband möge mit
 allen Mitteln dahin streben, daß baldmöglichst ein allgemeiner Ar-
 beitsnachweis für Kontiere ins Leben gerufen werde. Aus die-
 sen Verhandlungen, sprach Thormann fort, kann man klar erkennen,
 mit was für Segnern wir zu rechnen hätten. Das Koalitionsrecht
 beizubehalten, das Herr nicht, wenn — um die Ausübung
 desselben durch die Arbeiter unter Strafe gestellt würde. Sie
 wollten den Frieden, aber nur dann, wenn die Unternehmer die
 Löhne- und Arbeitsbedingungen zu diktieren hätten. Und man
 sehe ja auch jetzt schon, wie unter Ausnutzung der wirtschaftlichen
 Stärke verschiedene Unternehmer verstanden, den abgeschlossenen Tarif
 zu übertreten oder zu umgehen, zum Teil leider mit Erfolg.
 Daher ist neben der wiederkehrenden Konjunkturen auch sehr die La-
 ge der Kollegen schief. Dem Hauptvorstand sei ihm die Mitteil-
 ung gemacht, daß in Berlin die Mitgliederzahl der Streiktrier bis
 auf die Hälfte zurückgegangen sei; ähnlich ja in Breslau, Frank-
 furt und anderen Großstädten. Die Arbeitslosigkeit ist überall eine
 große. Ja Hamburg kann im August in unseren Arbeitsnach-
 weis 110 Arbeitslose mit 1007 Arbeitslosentagen, 11 konnten Ar-
 beit erhalten, im September (bis zum 15.) 74 Arbeitslose mit 311
 Tagen, Arbeit erhielt 15. Angeordnet ist die Konjunkturen ja
 ein wenig besser, doch dürfte wir uns dadurch ja nicht täuschen
 lassen, wenn möglich werde in den nächsten Monaten die Arbeits-
 losigkeit größer als je werden. Dazu kommt nun auch noch die
 projektierte Elektrifizierung, die, wenn sie angenommen würde,
 wie je bei der gegenwärtigen Konjunkturen des Reichsstands kann
 anders zu erwarten sei, auch noch zur Vergrößerung des Arbeits-
 mangels beitragen werde. Der Antrag von Arbeitern über hier sei
 ein außerordentlich großer, und zwar seien die Interessenten weitest-
 ausgedehnt, diese würden von manchen Unternehmern bevorzugt,
 weil sie sich besser zu Lohnbrütern eignen. Ein Unternehmer
 habe sich nicht getraut, seine alten, herkömmlichen organisierten Kon-
 junkturen brutal zu entlassen (Herr v. Reisch), und dafür mit den von
 anderen gewählten Unternehmern zu arbeiten. Derselbe habe
 auch Kollegen ausgesprochen, aus dem Verband auszutreten und mit
 ihm Jahreskontrakte abzuschließen. In letzter Zeit finden Elemente
 in die Organisation hineinzukommen, um dieselbe zu zerlegen
 und zu zerschüttern. Demgegenüber sei es heilige Pflicht der Kol-
 legen, mit allen Kräften zu agitieren und zu arbeiten, damit wir
 bei zukünftigen Konjunkturen dem geschlossenen Unternehmertum eine
 bei organisiert, geschlossene Arbeiterschaft entgegenstellen können.
 (Schluß des Beschl.) In der Diskussion sprach alle Redner im
 Sinne des Beschlusses, und zum Schluß wurde folgende Resolution
 gegen den Vorstand angenommen: Die am 20. September 1908
 bei Herrn, Herrn Reisch, in der öffentlichen Versammlung der
 Gewerkschaften und Helfer von Hamburg-Altona und Umgegend
 nimmt Kenntnis von der Zusammenfassung unseres Tarifs und begehrt,
 daß derselbe nicht so, wie es im Interesse beider Kontrahenten not-
 wendig ist, eingehalten wird. Dieses dürfte wohl hauptsächlich dar-

auf zurückzuführen sein, daß ein großer Teil der Unternehmern
 sich nicht bemühen, um den Arbeitern den an und für sich langen
 Vertrag zu lösen, ein Vertrag, der die Unternehmern anzuhalten
 am allermeisten über zur Zufriedenheit der Unternehmern anzuhalten
 dürfte. Jeder muß aber auch konstatieren werden, daß unsere Kol-
 legen nicht alles getan haben, um dieses Vergehen zu verhindern.
 Da nur eine gute Organisation, ein harmonisches Zusammenarbeiten
 und eine strenge Disziplin helfen dürfte, daß unsere Interessen
 nach jeder Richtung gewahrt werden, verpflichten sich die Unternehm-
 en, für die wildestmögliche Ausbreitung der Organisation zu wirken."

Fellenarbeiter.

Hamburg-Altona. Unsere frühere Wohnung an die reifen-
 den Kollegen, das Umschauen zu unterlassen, hat bis jetzt noch nicht
 gescheitert. Fortwährend müssen wir die Erfahrung machen, daß
 es immer noch Kollegen gibt, die gegen die einschlägigen Verbote der
 Solidarität verstoßen. Zu diesen gehört auch der Fellenhauer
 Joseph Klein aus Stöngschütte, ein langjähriges Verbands-
 mitglied. Erst konnte dieser verschiedene Ruben ab und dann ging
 er zum Arbeitsnachweis der Fellenhauermeister. Von Kollegen über
 seine Ungehörigkeiten zur Rede gestellt, erging Klein sich in den
 selbstigen Ausbrüchen über die Hamburger Kollegen. Und sein
 Hauptverbrechen sollte das Verbrechen seines Verbandsbuches sein.
 Dafür, daß diesem Herrn etwas nicht passendes vorgefallen wurde,
 mußte das unschuldige Verbandsbuch verhaften. Die Verbands-
 kollegen sind dann alle Lumpen. Klein hat hier bei der Firma
 M. Marbin Wwe. ein paar Tage gearbeitet, die Sache paßte ihm
 aber nicht und nun ergibt Klein sich in schweren Verleumdungen der
 dort arbeitenden Kollegen, die ihn beim Zellen der Fellenhauer
 direkt betrogen hätten. Zu selbe, diese Behauptung an Ort und
 Stelle zu machen, wo sie gleich widerlegt werden konnte, benutzte
 Klein seinen Zug durch die Werkstellen dazu, die Verleumdung zu
 verbreiten. Auch auf unserem Verbandsbureau erlaubte sich Klein,
 nach einzelne Geschäftsunterlagen über die Hamburger Kollegen vom
 Stapel zu lassen. — Die reisenden Kollegen, die in das Ham-
 burger Wohngebiet kommen, sollten unter keinen Umständen umschauen
 gehen und auch den Arbeitsnachweis der Fellenhauermeister nicht
 benützen. In jeder Nummer von Messer und Welle wird der Ar-
 beitsnachweis der Meister in empfehlende Erinnerung gebracht. Ver-
 schleierte Kollegen sind schon auf den Leim gegangen. Hinterher
 sollte aber die Hamburger Kollegen für alles Unangenehme, das
 den zugezogenen Kollegen widerfahren war, verantwortlich gemacht
 werden. Sie selbst aber hielten es nicht für nötig, vorher unsere
 Warnungen zu berücksichtigen. Jetzt werden wir jeden Kollegen ver-
 öffentlichen, der umschauen geht oder den Arbeitsnachweis der
 Meister benützt. Unser Arbeitsnachweis befindet sich auf dem Ver-
 bandsbureau im Gewerkschaftshaus in Hamburg.

Gold- und Silberarbeiter.

Berlin. (Die Tarifbewegung der Gold- und Silber-
 arbeiter.) In der am 30. September abgehaltenen Versammlung
 der in der hiesigen Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten
 Arbeiter und Arbeiterinnen referierte Kollege D. Handte über den
 gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Die Unternehmer hatten
 beauftragt den Tarif zum 1. Oktober gefündigt. Die Arbeiter strebten
 Verhandlungen über einen neuen Tarif an und legten ihre Wünsche
 in einer neuen Tarifvorlage dar. In zwei stark besuchten Ver-
 sammlungen nahmen die Arbeiter Stellung zu der Tarifänderung und
 zu dem Verhalten des neugebildeten Unternehmerverbandes. Auf
 Anreiz des Zentralvorstandes dieses Verbandes ist anscheinend die
 Kündigung des Tarifs erfolgt. Der Vorstand fandte auch die Ver-
 richte über die Versammlungen der Arbeiter nach allen Städten, wo
 die Unternehmer organisiert sind. Die Bewegung unter den Gold-
 und Silberarbeitern erregte Aufsehen in allen beteiligten Kreisen in
 Deutschland; die neue Tarifvorlage wurde viel besprochen. Die
 Deutsche Goldschmiedegewerkschaft (Nr. 38) kritisierte die Vorlage höchst
 abfällig in einem Artikel, betitelt: „Unglaublich, aber wahr! Eine
 Lohnbewegung bei den schlechten Zeiten!“ In einer längeren Polemik
 gegen den Artikel zerstückte der Referent Handte die Behauptungen
 des Verfassers und zeigte ihre Haltlosigkeit. Er wies besonders darauf
 hin, daß die Unternehmer den Tarif gefündigt haben und daß
 die Arbeiter daraufhin nicht annehmen konnten, daß man ihnen Ver-
 besserungen bringen wollte, sie mußten also rufen, um Verschlechter-
 ungen abzuwehren. Wenn die Unternehmer dagegen protestiert
 haben, daß sie Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen beabsichtigten,
 so haben sie doch von der Vorlage der Arbeiter durchaus nichts
 wissen wollen. Ja, sie wollten sogar zuerst nicht einmal von Ver-
 handlungen, durch die die Arbeiter eine ruhige Erörterung der An-
 gelegenheit herbeiführen wollten; etwas wissen und haben dagegen
 protestiert, daß die erste Zusammenkunft der Vertreter der beiden
 Parteien den Charakter von Verhandlungen getragen hätte. Nach
 dem Journal der Goldschmiedegewerkschaft gab eine Versammlung der Un-
 ternehmer diesen Protesten Ausdruck, lehnte aber alle Forderungen der
 Arbeiter ab und forderte die Einführung einer „Arbeitsordnung“,
 durch die alle strittigen Punkte ihre Erledigung finden sollten. Am
 21. September fragten nun die Vertreter der Arbeiter noch einmal
 an, ob man weiter keine Verhandlungen für nötig hielt. Man war
 flug genug, nicht abweisend zu antworten, und der 24. September
 wurde als Termin für eine Konferenz bestimmt. Anwesend waren
 sieben Herren vom Unternehmerverband und fünf Vertreter der Arbeiter.
 Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wollten die Herren zuerst
 nichts wissen, aber die prinzipielle Frage der Anerkennung dieser
 Organisation wurde in den Hintergrund gedrängt bei Aufnahme der
 Verhandlungen mit den Vertretern des Verbandes der Arbeiter,
 wobei es sich in erster Linie um den Tarif und die aufgestellten
 Forderungen handelte. Handte gab ein anschauliches Bild von den
 Verhandlungen. Die Unternehmer waren allen Argumenten der
 Vertreter der Arbeiter unzugänglich. Eine Reihe von Fragen wurde
 aufgestellt und hin und her geschoben, bis endlich die Unternehmer vor
 der Entscheidung standen, ob sie überhaupt einen Vertrag mit dem
 Deutschen Metallarbeiter-Verband abschließen wollten. Die Unter-
 nehmer wollten „annehbare“ Vorschläge hören, und es fanden
 Sonderberatungen der Parteien statt. Die Arbeiter zeigten dann
 einen Weg der Verständigung, dahingehend, daß die Unternehmer
 die Kündigung des Tarifs zurücknehmen sollten und der Tarif
 weiter gelte bis zum 1. Oktober 1909. Der Tarif würde dann nicht
 mit der Zustimmung, wie bisher, sondern zwischen dem neuen Unternehm-
 erverband und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossen
 werden. Die Unternehmervertreter schienen mit dieser Lösung zu-
 frieden zu sein und sie werden bis zum 7. Oktober ihre endgültige
 Antwort einbringen, nachdem der Verband die Entscheidung getroffen
 hat. Derselben Vorbehalt machten die Vertreter der Arbeiter. —
 Nachdem die Vertrauensmänner der Gold- und Silberarbeiter ihre
 Zusammenkunft damit erklärt hatten, empfahl Handte der Versammlung,
 ihre Zustimmung zu dem Abkommen der Kommission zu erteilen.
 Wenn auch keine materiellen Forderungen durchgesetzt worden sind,
 so sind doch auch keine Verschlechterungen im Anzuge, und es ist zu
 erwarten, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die die vor zwei
 Jahren zugesagte Lohnherabsetzung nicht erhalten haben, jetzt
 zu ihrem Rechte kommen. Sollten die Unternehmer durch ihren Ver-
 band noch anders entscheiden, dann gilt es natürlich, alle Kräfte
 zusammenzuführen und in der Organisation der Arbeiter Mittel und
 Wege zu finden, um alle Angriffe abzuwehren. Der starke Beizuch
 der Verhandlungen in dieser Bewegung ist ein erfreuliches Zeichen
 dafür, daß die Arbeiter die Situation zu würdigen wissen. Die
 folgende Resolution wurde von den Versammelten einstimmig an-
 genommen: Die am 29. September in der öffentlichen Versammlung
 der Gewerkschaften und Helfer von Hamburg-Altona und Umgegend
 und Arbeiterinnen in der Gold- und Silberwarenindustrie erklärt sich
 mit Rücksicht auf die gegenwärtige Konjunkturen mit dem Vorschlag
 der Kommission und der Vertrauensmänner einverstanden, daß der
 bisherige Tarif auf ein weiteres Jahr bestehen soll. Die Versammlung
 beauftragt aber die Kommission, dafür zu sorgen, daß in den Ge-
 schäften, wo die Hilfsarbeiter und die Arbeiterinnen im Jahre 1906
 die zehnprozentige Zulage nur teilweise erhalten haben, die fehlende
 Erhöhung von nun an gewährt wird.“ Der Vorsitzende schloß die
 Versammlung mit dem Appell, für den Verband und die Sache der
 Arbeiter, besonders für ihre Presse, nach besten Kräften zu wirken.

Metallarbeiter.

Werk (München). Bei der Firma... (text continues)

Waffenbau. (Von den Gabelabriken des... (text continues)

Kaiserslautern. Von dem Bezirksleiter... (text continues)

Kaiserslautern 20 Sept 1908. An titl. Redaktion... (text continues)

Unser Korrespondent antwortet darauf folgendes... (text continues)

plötzliche Entlassung des Arbeiters... (text continues)

Leipzig. Am 15. September wurde im... (text continues)

plötzlich, die Masse der Arbeiter aus... (text continues)

Wietzenberg. (Unternehmerstandpunkt) In... (text continues)

Wittenberg, den 9. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 12. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 16. September 1908. Die Firma Reinländer...

Behandlung und Beschäftigung der Arbeiter...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...
 Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...

Die Redaktion der Rheinischen Volkszeitung hätte sich vor Kauf...
 Die Langenbrucher müssen aber ganz genau wissen, daß die Dinge...

Das läßt deutlich erkennen eine neue Denkschrift, die der Stahl...
 Man weiß wohl, wo man mit der Nachgiebigkeit anfängt, aber nicht...

Dieser an die Adresse der konservativ-ultramontanen Lebensmittelzöllner...
 Unter diesen Umständen darf die Denkschrift mit Zug und Recht auf die...

Warum sind in der Rheinischen Volkszeitung nicht auch diese Stellen...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...
 Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...
 Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...
 Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...
 Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...
 Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...

Wittenberg, den 12. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 16. September 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 16. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 19. September 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 19. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 22. September 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 22. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 25. September 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 25. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 28. September 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 28. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 31. September 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 31. September 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 3. Oktober 1908. Die Firma Reinländer...

Wittenberg, den 3. Oktober 1908. Die Firma Reinländer...
 Wittenberg, den 6. Oktober 1908. Die Firma Reinländer...

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...
 Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...
 Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...
 Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...
 Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?...
 Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der...
 Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon...
 Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Wittenberg, den 9. September 1908.

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat es auch schon

Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein?

Die Erklärung, die 86 süddeutsche Delegierte nach Annahme der

Rundschau.

Der sozialdemokratische Parteitag...
 Wir haben in voriger Nummer in Aussicht genommen, daß wir noch über...

Die Rheinische Volkszeitung.

Das Hauptorgan des Zentrums, bringt in ihrer Nr. 336 (Morgen...
 und fertellerte Betriebe, in dem sich der Einfluß an der...

Gewerkschaftliches.

Eine beachtenswerte Erneuerung ist in diesem Jahre von dem Vor...
 stand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorgenommen worden.

Gewerbegerichtliches.

Urrichtige Ansicht. Der Kesselschmied B. in Halle war bei der...
 Firma H. & S. als Führer einer Metallkammer beschuldigt.

...der kassierten Kasse keine Arbeit bei der Firma L. fand, verlangte er einen Betrag von 8 M für entgangene Lohn. Die Firma verweigerte die Zahlung, da sie für den Betrag nicht haftbar zu machen sei. Der Arbeiter verklagte die Firma L. auf Zahlung des Betrages. Die Firma L. behauptete, dass der Arbeiter den Schaden selbst verursacht habe, indem er die Kasse nicht ordnungsgemäß verwahrt habe. Der Arbeiter behauptete, dass die Kasse durch einen Diebstahl verloren gegangen sei, und dass er für den Schaden nicht haftbar zu machen sei. Das Gericht entschied, dass die Firma L. den Schaden zu ersetzen hat, da sie die Kasse nicht ordnungsgemäß verwahrt hat. Die Firma L. hat die Zahlung des Betrages von 8 M geleistet.

Audienzprotokoll. Der Former L. klagte gegen die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik auf Zahlung von 8 M für zwei Güststücke, die ihm nicht bezahlt worden waren, weil der Meister sie als Ersatz für fehlgeschlagene betrachte. Der Kläger bestritt, dass er den fehlgeschlagenen Güststücke habe. Bezüglich des einen Stückes wurde festgestellt, dass es nach erfolgter Abnahme bereits abgeliefert worden war und dann erst als unbrauchbar (fehlerhaft) zur Firma zurückkam. Die Kammer V des Berliner Verbergerichts sprach sich dahin aus, dass dem Kläger die 8 M zu zahlen seien. Bezüglich des Stückes, das zurückgekommen ist, kam in Betracht, dass der Vertreter der Firma das Stück abgenommen hatte. Wenn die Arbeit abgenommen worden sei, wäre der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter auch den Lohn zu zahlen. Glaupte die Firma, nachdem der Besteller das Stück zurückgegeben habe, Schadenersatz geltend machen zu können, so müsse sie gegen L. auf Schadenersatz klagen. Sie müsse dann aber auch nachweisen, dass gerade der Arbeiter an dem Schaden schuld sei. — Was das andere Stück betreffe, so behauptete der Vertreter der Firma nicht einmal mit Bestimmtheit, dass es durch Verschulden des Klägers zugrunde gegangen sei. Das Gericht müsse darum den Behauptungen des Klägers Glauben schenken. Aber auch in dem Falle hätte Beklagte nachzuweisen, dass Kläger den Schaden verschuldet habe. Das habe sie nicht getan. — Nachdem das Gericht so seine Auffassung veräußert hatte, verpflichtete sich der Vertreter der Beklagten zur Zahlung des Streitbetrages. (Nach dem Vormwärts vom 24. September 1908.)

Aus den Unternehmerverbänden. Zentralverband deutscher Industrieller. Das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller hielt am 16. und 17. September zu Heidelberg eine Sitzung ab. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die gegen die Preispolitik der Rohstoffe- und Halbzugverbände gerichteten Angriffe und damit im Zusammenhang stehenden Bestrebungen auf Aufhebung eines Teiles der Eisenzölle besprochen. Natürlich sind die Gewaltigen vom Zentralverband mit solchen Bestrebungen nicht einverstanden. In dem Bericht über die Sitzung, der in Nr. 39 der Deutschen Industrie-Zeitung erschienen ist, wird dazu bemerkt: „Es herrschte darüber Einmütigkeit, daß eine Beseitigung dieser Zölle, auf denen die gesamte Struktur unseres Volkswirtschafts beruht, zu den schwersten Erschütterungen unseres ganzen Wirtschaftslebens führen würde. Sie würde außerdem eine schwere Preiskrise in unseren nützlichsten Industriezweigen herbeiführen, der damit der Gefahr einer weiteren Abwärtsentwicklung ausgesetzt werde.“ — Zu der „Reform der Arbeiterversicherung“ und zur Reichsfinanzreform“ soll erst Stellung genommen werden, wenn die Entwürfe der Regierung in authentischer Form vorliegen. Über die Reichsfinanzreform“ wird in dem Berichte gesagt: „Bei der Steuerreform sei die nationale Frage in den Vordergrund zu stellen, es müssten alle Lasten übernommen werden, die zur dringenden notwendigen Befreiung der Finanzverhältnisse des Reiches dienen könnten. Nur gegen solche Steuern dürfe der Zentralverband sein Veto einlegen, durch die die Industrie in ihren inneren Lebensbedürfnissen bedroht werde. Daher wird sich der Zentralverband auch mit der angeblühenden geplanten Elektrizitätssteuer erst dann befassen, wenn feststeht, ob sie eine Besteuerung der Kraft oder nur des Lichtes sein soll. Erst dann läßt sich mit Sicherheit beurteilen, ob die Industrie einen begründeten Anlaß hat, gegen diese Steuer Einspruch zu erheben.“

Ferner wurde ins Auge gefaßt, die Kanalisierung der für die Verbindung mit Süddeutschland wichtigen Wasserstraßen im Zentralverband zu behandeln. Desgleichen soll der preussische Wassergesetzentwurf im Verein mit dem wasserwirtschaftlichen Verband der westdeutschen Industrie in einer großen Versammlung behandelt werden. Von den sonstigen Beschlüssen ist noch der hervorzuheben, daß das Direktorium sich auf Anfrage vom Staatssekretär im Reichsamt des Innern dagegen erklärte, daß der Teil des Arbeits- oder Dienstlohnes, der der Beschlagnahme unterliegen kann, erhöht werde. Was die Bestrebungen auf Einführung eines metrischen Bohrregel-systems anbelangt, so erklärte das Direktorium, daß dieses System technisch zweifellos den Vorzug vor dem herrschenden Morse'schen verdienen. Ein einseitiges Vorgehen Deutschlands wurde jedoch für bedenklich erachtet und die Anbahnung einer internationalen Vereinbarung empfohlen.

Gelber Terrorismus-Schwindel. Der Bund, das Organ des — Lebius (wir unterlassen es, irgendwelchen Titel hinzuzufügen, weil der — Lebius sich dadurch möglichst wieder beleidigt fühlen könnte), brachte in seiner Nr. 38 unter anderem eine Schauergeschichte, die sich bei der Eröffnungsfest der Nürnberg-er Parteitag ereignet haben soll. Dort sollten zwei Mitglieder des gelben Vereins bei Schindert, namens Wirtel und Schütz, in größter Weise beschimpft und beinahe mißhandelt worden sein. Als sie gebeten hätten, das Telephon im Lokal benutzen zu dürfen, um zu ihrem Schutze die Polizei herbeizurufen, sei auch dieses ihnen abgeschlagen worden. Erst, nachdem es ihnen gelungen sei, sich in das benachbarte Café Ruch zu retten, hätten sie mittels Telephon die Polizei herbeizurufen und unter deren Schutz den Heimweg antreten können. Diese schauerhafte Geschichte wurde von dem in Nürnberg erscheinenden Fränkischen Kurier mit Begeisterung abgedruckt. Darauf antwortete die Fränkische Tagespost, daß

Nürnberg sozialdemokratische Organ (Nr. 229 vom 23. September), folgendes enthält:

Die Wut des fränkischen Kurier ist fast wörtlich dem Organ der Gelben, dem Bund, entnommen und eine total verlogene Umkehrung der Tatsachen. Es ist selbstverständlich, daß man bei solchen Gelegenheiten auch Gegner sucht, aber ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß sich diese anständig betragen. Wie man es aber bei den beiden, dem Kurier so sehr in Schutz genommen gelassen Oberbongens? Grech und Irvol haben sie sich schon beim Eintritt in den Saal benommen. Es war den beiden Herren doch sehr wohl bekannt, daß eine große Anzahl von Schuderischen Arbeitern anwesend sind, die diese beiden kennen, aber ungachtet dessen kamen sie mit großen gelben Masken im Knopfloch, und Herr Wirtel verstand es vorzüglich, jedermann klarzumachen, daß er nicht gekommen sei, um in Ruhe der Eröffnung des Parteitages beizuwohnen, sondern um Unruhe zu stiften, die Arbeiter aufzuregen. Während Herr Schütz an seinem Platte verweilte, fand es Herr Wirtel für notwendig, im Saale herumzustreichen, und da, wo er einen bekannten Schuderischen Arbeiter sah, pflanzte er sich breitfüßig vor ihm auf und zeigte ihm seine gelbe Maske. Also nicht die Ordnung und Vertrauensleute machten bekannt, daß Wirtel Gelbe da seien, sondern die Herren haben sich selbst durch ihr auffälliges und provokatorisches Benehmen bemerkbar gemacht, und zwar nur zu dem Zwecke, um ihre Kollegen zu reizen. Nun besteht gar kein Zweifel, daß sich die beiden bei den Schuderischen Arbeitern so verhalten gemacht haben, daß gar nicht viel dazu gehört, bei einem solchen Benehmen die Gemüter zu erregen. Es waren bei der Eröffnungsfest Angehörige aller politischen Parteien anwesend, sogar wackere, freisinnige Agitatoren, und diese werden nicht behaupten können, daß sie von irgend jemand belästigt wurden, sie haben sich eben wie Männer benommen und nicht wie Gassenbuben. Was würde denn der Kurier sagen, wenn sich bei einem freisinnigen Parteitags Sozialdemokraten so benehmen würden, wie sich diese zwei benommen haben? Er würde das schärflich und mit Recht, als lächerlich bezeichnen. Aus dem Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird uns zu dieser Affäre noch geschrieben: Die beiden Herren wissen sehr gut, daß kein anständiger Mensch mit ihnen verkehren mag, und die Behauptung, weil die beiden nicht in das Horn des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tuten, deshalb seien sie beleidigt und beschimpft worden, ist eben unwar, solche Elemente werden beim Deutschen Metallarbeiter-Verband überhaupt nicht aufgenommen. Ich habe mit einigen Mitgliedern des Unterstiftungsvereins über den Fall gesprochen und hinausgeschmissen, es ist eine Frechheit von den Herren, dahin zu gehen. Es ist ihnen nichts passiert und war durchaus keine Polizei nötig, denn der Kurier gibt selbst zu, daß sich die beiden ins Café Ruch begeben haben, um sich von dort durch die Polizei heimgeleiten zu lassen. Wenn es wahr wäre, daß man sie draußen prügeln wollte, so wäre doch auf dem Wege von der Festhalle zum Café Ruch Gelegenheit genug dazu gegeben gewesen. Die Leute im Leitoldhain haben nur befundet, daß sie mit Leuten vom Schläge eines Wirtel und Schütz nichts gemein haben wollen, und wenn die beiden wieder einmal Lust haben, sich an einer derartigen Feiern zu beteiligen, dann sollen sie sich bedenken, wie es sich für anständige Menschen geziemt, und niemand wird sich um sie kümmern.“

Ein Lokalistentritt.

In der Chemnitzer Volksstimme (Nr. 229 vom 2. Oktober) lesen wir folgendes aus Döbeln: „Das arbeiter-schädigende Treiben der Lokalisten hier am Orte wird durch eine neue, jetzt bekannt gemordene Helldant treffend illustriert. Die Meinung ihres Führers Kater, daß man mit Lokalistischer Agitation bei Indifferenten keine Erfolge erzielen, sondern nur bei bereits in den Zentralgewerkschaften Organisierten, haben sich seine Schüler zu eigen gemacht. Sie suchen jetzt die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in ihren Wohnungen auf, um sie für ihre Zerstörungspäne einzufangen. Man geht dabei in der Weise vor, daß man den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes rät, bei Aufgabe der Mitgliedschaft das Mitgliedsbuch, das laut Statut Eigentum des Verbandes ist, nicht an diesen abzugeben, sondern zu behalten, und zwar zu dem Zwecke, es bei eventueller Abreise von Döbeln in anderen Orten wieder zu verwenden. Man hat diesen Mitgliedern wörtlich ungefähr folgendes gesagt: Gib dein Metallarbeiter-Verbandsbuch nur ruhig uns, damit wir dir deine Mitgliedschaft auf unseren Verein übernehmen können, behalte beim Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht mehr, aber ohne dich abzumelden. Wenn du dann vom Orte abreistest, dann nimm dein Metallarbeiter-Verbandsbuch mit und laß dich vom Deutschen Metallarbeiter-Verband unterstützen. Bist du andernorts gezwungen, wieder in dem Deutschen Metallarbeiter-Verband weiterzahlen zu müssen, trittst du dadurch ohne weiteres in deine alten Rechte ein. Dabei wissen diese Leute aber genau, daß unsere Freunde sich mit einer solchen Handlungsweise ihrer sämtlichen erworbenen Rechte begeben; daraus machen sie sich aber nicht das geringste, die Hauptsache ist die, den Zentralorganisationen ein Mitglied entziehen zu haben. Das Gewerkschaftskartell sieht sich gezwungen, diesem wilden Treiben entgegenzutreten und ersucht auch um allseitige Beachtung seiner im Interim abgedruckten Warnung.“

Herr Kater und Genossen, das sind die Leute, die sich als die Messiasse der deutschen Arbeiterbewegung aufspielen.

Sirich-Dunderiana.

Der vertriebene Wolf. Die Tätigkeit Sirich-Dunderischer Führer ist am 19. September in Stettin in einer Gerichtsverhandlung in grelle Beleuchtung gerückt worden. In Nr. 30 des Regulator vom 26. Juli vorigen Jahres war ein Artikel über den Streit in der Waggonfabrik von Crull & Co. in Bismar im Mai vorigen Jahres enthalten, der von dem Gauleiter der Hirsche, Wolf, in Stettin verbrochen worden war. In diesem Sammelurteil von Verbrochungen und Beschimpfungen der Führer der freien Gewerkschaften war den Gauleitern neben anderen ehrenwürdigen Dingen auch „Spitzbubenakt“ nachgesetzt. In einer Erwiderung, die in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres enthalten war, wurde dem Wolf ordentlich die Meinung gesagt und die von den Hirschen in Bismar beliebte Taktik ins helle Licht gerückt. Wolf lief nun zum Kabi und strengte gegen den Redakteur Scherm die Privatbeleidigungsklage an. Nun drehen die Gauleiter Kohlrack vom Metallarbeiter-Verband und Falkenberg vom Holzarbeiter-Verband den Spieß um und verklagen den Wolf und den Redakteur des Regulator, Gleichauf. Das Amtsgericht Stettin setzte dann auf Antrag die Verhandlung gegen Scherm bis nach Erledigung der Klagen gegen Wolf und Gleichauf aus. (Neben diesen beiden Klagen lief noch eine dritte, die von unserem Kollegen Hunger gegen Gleichauf wegen eines gemeinen Angriffs im Regulator Nr. 34 vom 23. August 1907 gestellt worden war. In diesem Prozeß wurde Gleichauf am 18. Januar dieses Jahres vom Schöffengericht Stettin freigesprochen, am 28. März aber vom Landgericht Stettin zu 10 M Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt.) Die Klagen gegen Wolf und Gleichauf wurden am 18. Januar vom Schöffengericht Stettin, ohne daß es eine Beweiserführung gab, kostenpflichtig abgewiesen, die Hirsche wurden freigesprochen. Das Landgericht Stettin, bei dem dann später Verhandlung angehängt war, beschloß jedoch, den Wahrheitsbeweis zuzulassen. Den Gauleitern Kohlrack und Falkenberg war es nicht um die Bestrafung der beiden Hirschen zu tun, es handelte sich für sie lediglich um die eiblich erhärtete Darstellung der Vorgänge bei dem Kampfe in Bismar. Eine umfangreiche Zeugenvernehmung hatte des-

halb zur Folge, daß der Prozeß erst jetzt erledigt wurde. Es wurde aber nun der erdrückende Beweis erbracht, daß die Hirsche-Dunderischen auch in Bismar ihrer alten Gesinnung, der Ortseinstellung ihrer Wolfstaktik treu geblieben waren. Erst scharfmacher und die Kräfte zum Streit haben, und wenn dann alle Mitglieder der freien Verbände den Kampf aufgenommen haben, die eigene Herbe als Streikbrecher in den Streit führen und hinterher behaupten: „Das ist ein wilder Streit!“ Die Mitglieder der Gewerkschaften sollen natürlich nicht merken, wie sie angeführt werden, denn auch sie werden aufällig, wenn sie die Wahrheit erfahren. Darum mußte es sehr unangenehm für den Gauleiter Wolf sein, daß durch zeugeneidliche Aussagen festgestellt wurde:

„Die Arbeitsaufnahme am 27. Mai vorigen Jahres war keine Beendigung des Streiks; für den Fall, daß der Unternehmer sein Versprechen nicht hielt, war es den Leuten anheimgegeben, die Arbeit wieder niederzulegen.“

Daß der Unternehmer durch seinen Wortbruch die Arbeiter sämtlich wieder aus dem Betrieb hinausdrückte, kam der Wolfstaktik ganz gelegen, nun konnten die Hirsche ja einschweifen und als dienstwillige Unternehmerruppe dem Charakter ihrer Organisation volle Ehre widerfahren lassen! Aber derselbe Wolf, der streußlos dem Kampfe der Bismarer Arbeiter ein so beklagenswertes Ende bereite, der hätte nach außen doch gern als ein tüchtiger Gewerkschaftsbeamter erscheinen mögen, der die Interessen der Arbeiter energisch vertritt. Dies zu beschleunigen wäre ihm selbst die Medienburgliche Volkszeitung, das Organ der sozialdemokratischen Partei in Rostock, gut genug gewesen. Die sozialdemokratische Presse, die er sonst mit dem ganzen Aufgebot ordnungsparteilichen Eifers haßt und verunglimpft, sollte ihm bezeugen, daß er seine Schuldigkeit als Arbeiterführer getan. Das Gericht wollte aber von dieser Rohrenwäsche nichts wissen, es genigte ihm die Feststellung, worüber auch der Wolf nicht im Zweifel sein konnte, daß von einer Beendigung des Kampfes am 27. Mai vorigen Jahres keine Rede gewesen!

Nach diesen zweifelsfreien Feststellungen war es nicht mehr von Belang, daß der Wolf für den Unsdruk „Spitzbubenakt“ verurteilt wurde. Der Gerichtshof war großmütig genug und belastete den sichtlich Geinickten nur mit 10 M Geldstrafe; es billigte ihm für die übrigen Mißgeleiteten des Artikels den Schutz des § 198 zu, in der Erwägung, daß in der unvermeidlichen Kampfstimmung haben wie drüben scharf gehauen wurde. Durch das Urteil ist aber wieder dafür die Beweislast gemehrt, daß die Hirsche-Dunderischen Gewerkschaften nach dem Willen ihrer Führer eine Schutztruppe des Unternehmertums sein sollen.

Eigentümliche Schlaglichter warf der Prozeß noch in die geistige Welt des Regulator, der berufen ist, den Metallarbeiter-Hirschen im Kampfe um Menschenrecht und Menschenwürde voranzuleuchten. Das Blatt, dessen Witz herunsladert wie ein Fressich im Sumpfe, wird verantwortlich gezeichnet von Gleichauf, der naturgemäß mit angeklagt war. Der Mann drückte sich, entgegen allen journalistischen Anstandsgepflogenheiten, um die Verantwortung herum, indem er Abwesenheit geltend machte. Ein Vertreter für die Zeit der „gänzlich Abwesenheit“ konnte nicht ermittelt werden, weil der Geschäftsführer des Gewerksvereins, Hartmann, darüber die Aussage verweigerte und das Zöchterchen Gleichauf während der Abwesenheit ihres Pappas nur unverantwortlich redigiert. So ging denn Gleichauf, da für ihn die Verantwortlichkeit preisgegeben nicht aufrecht zu halten war, formell frei aus. Verurteilt ist er ebenso wie der Wolf, da es hier heißt: „Mitgefangen, mitgehangen.“

Schließlich sei nochmals bemerkt, daß die Klage nicht deswegen angestrengt war, um die beleidigte Ehre der Angegriffenen wieder herzustellen, sondern lediglich deshalb, weil die Hirsche die Dreistigkeit — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — besaßen, nach dem Wolfartikel den Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung zu verklagen, der einem Abwehrtartikel Raum gegeben hatte. Bei der Verhandlung über diesen Artikel wird eine erneute Kennzeichnung der Hirsche wohl nicht ausbleiben.

Vom Ausland.

Österreich.

Der Ausbau der zentralistischen Organisationsform hatte vor einigen Jahren in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu einem unliebsamen Vorfalle geführt. Der Verband der Eisen- und Metallarbeiter, der stets bestrebt war, alle in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Personen in eine gewerkschaftliche Organisation zusammenzufassen, war mit dem Verein der Former Niederösterreichs in Konflikt geraten. Diese Gewerkschaft propagierte die Gründung eines Reichsvereins der österreichischen Eisener, der den anderen Metallarbeiterorganisationen unabhängig gegenüberstehen sollte. Der Verband der Metallarbeiter wollte im Interesse einer zentralistischen Organisationsform die Gründung einer derartigen Sonderorganisation nicht zulassen. Die Vermittlung der Reichsgewerkschaftskommission führte trotz aller Bemühungen zu keiner Verständigung der beiden Parteien. Schließlich spitzte sich der Konflikt so sehr zu, daß die Gewerkschaftskommission sich veranlaßt sah, den Verein der Former, der sich den Beschlüssen des Schiedsgerichtes nicht gefügt hatte, aus dem Verband der Gewerkschaftskommission auszuschließen. Der vierte österreichische Gewerkschaftstongreß, der im Juli des Jahres 1903 in Wien stattfand, bestätigte diesen Ausschluß.

Nun zog sich der Konflikt in die Länge. Die Eisenerbeiter waren sehr rührig, ihre junge Sonderorganisation auszubauen, sie gründeten allerorts, wo eine größere Anzahl Eisener beschäftigt war, Ortsgruppen ihres Reichsvereins, führten eine Anzahl Lohnbewegungen selbständig durch und gaben auch eigene Fachblätter — Der Eisenerbeiter und Vistnik — heraus. Erst im Jahre 1905 gelang es, eine vorläufige Einigung mit dem Metallarbeiter-Verband herbeizuführen. Die Eisener verzichteten auf ihre selbständigen Fachblätter, behielten aber ihre Reichsorganisation so ziemlich unbeschränkt bei.

Wenn auch nicht miteinander, so wirkten doch beide Organisationen nun nebeneinander ohne ernstlichere Reibereien, beide bestrebt, die Interessen ihrer Mitglieder kräftig zu wahren. Die Erfolge, die sie errangen, waren ganz bedeutende, die Mitgliederzahl hob sich in beiden Organisationen um ein beträchtliches. Zudem lehrte die Erfahrung bald, daß das unverbindliche Nebeneinandergehen doch nicht die Vorteile brachte, die durch einen engeren Zusammenschluß vielleicht hätten erreicht werden können. Die Eisener arbeiteten vielfach mit den anderen Metallarbeitern in den gleichen Betrieben, es ergab sich so von selbst die Notwendigkeit, bei Lohnbewegungen im gegenseitigen Einverständnis vorzugehen. Das Bestehen der zwei voneinander unabhängigen Organisationen ließ aber dieses Einverständnis mitunter vermissen. Der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse demonstrierte den Arbeitern beider Lager sehr deutlich die Vorteile einer einheitlichen, geschlossenen Zentralorganisation. Es ist da nicht weiter verwunderlich, daß die Tendenzen, die zum Zusammenschluß beider Organisationen drängten, immer stärker wurden. In der dritten Hauptversammlung des Zentralvereins der Eisener, die am 6. bis 8. September in Wien stattfand, fand die Verschmelzung des Eisenervereins mit der Metallarbeiterorganisation zur Tagesordnung. Das Interesse der gewerkschaftlichen Kreise wendete sich sehr lebhaft den Beratungen dieser Hauptversammlung zu.

In ihren Begrüßungsreden traten Hueber als Vertreter der Reichsgewerkschaftskommission, Steiner als Vertreter der tschechloslawischen Gewerkschaftskommission und Domes als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zu der Verschmelzung ein. Im Namen des Reichsverbandes des Zentralvereins der Eisenerarbeiter sprach Nowak. Er führte aus, daß die Eisenerarbeiter ihre Organisation während der Periode der Selbständigkeit wohl sehr vergrößert hätten, daß aber nicht zu erwarten sei, daß die selbständige Organisation in Schlesien, Galizien und den Alpenländern noch weitere Erfolge werde erzielen können. Die Eisenerarbeiter brauchten nun die Einigkeit mit den übrigen Metallarbeitern. In einer so wichtigen Angelegenheit sei allerdings Vorsicht geboten, man solle warten, bis der Gedanke der Verschmelzung bei den Metallarbeitern in Fleisch und Blut

